

Mündliche Anfragen

zur 17. Fragestunde

in der 66. Plenarsitzung vom 25. Mai 2023

1. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 4.4.2023

Förderprogramm BW-e-Nutzfahrzeuge

- a) Wie viele Anträge mit welchem Fördervolumen sind bisher zum Förderprogramm BW-e-Nutzfahrzeuge eingegangen?
- b) Wie bewertet die Landesregierung die Ausweitung des Programms auf die geschäftlich genutzten Pkw-Flotten Gewerbetreibender?

2. Anfrage des Abg.
Ruben Rupp AfD

Eingang: 24.4.2023

Konsequenter Vollzug von Abschiebungen

Wieso ist die Landesregierung nur bei einem Drittel der Fälle von ausreisepflichtigen Asylbewerbern in der Lage, die Abschiebungen zu vollziehen, obwohl Frau Ministerin Marion Gentges MdL davon spricht, dass das Asylrecht konsequent umgesetzt werden müsse?

3. Anfrage des Abg.
Nikolai Reith FDP/DVP

Eingang: 25.4.2023

Formulierung des Einrichtungsbegriffs in § 20a hinsichtlich der Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes Baden-Württemberg (LKJHG) angesichts der Reform des SGB VIII

- a) Besteht hinsichtlich der Formulierung des Einrichtungsbegriffs in § 20a im Zuge der Novellierung des LKJHG bereits ein Konsens zwischen allen Beteiligten?
- b) Ist der Landesregierung der Formulierungsvorschlag für den Einrichtungsbegriff seitens der freien Träger der Jugendhilfe bekannt, und wird dieser bei der Novellierung berücksichtigt?

4. Anfrage des Abg.
Daniel Born SPD

Eingang: 8.5.2023

Arbeit des Landeselternbeirats Kita

- a) Warum wird die Institutionalisierung des Landeselternbeirats Kita erst im Herbst 2023 umgesetzt?
- b) Ist es möglich, die Geschäftsstelle des Landeselternbeirats Kita bereits zu besetzen, bevor die Institutionalisierung umgesetzt ist?

5. Anfrage der Abg.
Gabriele Rolland SPD
- Eingang: 10.5.2023
- Einmalzahlungen aus dem Programm „Geraubte Kinder im Südwesten“**
- a) Wie viele Anträge auf Auszahlung der 5 000 € aus dem Programm „Geraubte Kinder im Südwesten“ sind eingegangen und wie wurden diese beschieden?
- b) In welcher Art und Weise wurde die Prüfung des Anspruchs durchgeführt?
6. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert FDP/DVP
- Eingang: 15.5.2023
- Mögliche Einflussnahme zur Aufnahme der geplanten Windenergieflächen im Staatsforst bei Mühlacker in die Suchraumkulisse Windenergie des Regionalverbands Nordschwarzwald**
- a) Inwiefern gab oder gibt es Bemühungen seitens des Projektierers oder seitens ForstBW gegenüber der Landesregierung oder dem Regionalverband Nordschwarzwald, die (nachträgliche) Aufnahme der im FFH-Gebiet liegenden Staatswaldflächen bei Mühlacker, die Anfang 2022 für Windkraft ausgeschrieben wurden, in die Suchraumkulisse Windenergie des Regionalverbands Nordschwarzwald zu erreichen?
- b) Inwiefern können solche Versuche einer (nachträglichen) Einflussnahme auf die Suchraumkulissen der Regionalverbände einen Einfluss auf die Rechtssicherheit der zu erstellenden Teilregionalpläne haben?
7. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert FDP/DVP
- Eingang: 15.5.2023
- Einfluss der Baumaßnahmen an der A 8 im Wasserschutzgebiet Unteres Enztal auf die Trinkwasserbrunnen der Stadt Pforzheim und der Gemeinde Niefern-Öschelbronn**
- a) Inwieweit kam es während der Baumaßnahmen an der A 8, jeweils vor sowie nach dem Freilegen der Klüfte im Gestein, zu Problemen durch Verunreinigungen an den dortigen Trinkwasserbrunnen der Stadtwerke Pforzheim und der Gemeinde Niefern-Öschelbronn, dargestellt durch Trübungswerte und ähnliche Indikatoren?
- b) Inwieweit bewegen sich die bisherigen Probleme an den Trinkwasserbrunnen im Enztal im Rahmen des im Vorfeld Erwarteten?
8. Anfrage der Abg.
Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD
- Eingang: 17.5.2023
- Nutzung des Landeswappens beim Volksbegehren „Stoppt Gendern in Baden-Württemberg“**
- a) Welcher Teil der Landesregierung hat dem Verantwortlichen für das Volksbegehren „Stoppt Gendern in Baden-Württemberg“, Herrn Rechtsanwalt Professor Klaus Hekking, mit welcher Begründung erlaubt, das Landeswappen als Favicon für die Webseite zu nutzen?
- b) Falls keine Erlaubnis vorlag: Wie geht die Landesregierung gegen die rechtswidrige Nutzung des Landeswappens vor?
9. Anfrage des Abg.
Hans-Peter Storz SPD
- Eingang: 17.5.2023
- Bahnhofssanierungen, u. a. in Hausach**
- a) Warum hat die Landesregierung in unterschiedlichen Förderprogrammen für ähnliche Sachverhalte (Bahnhofssanierungen und Barrierefreiheit) unterschiedliche Fördersätze bzw. Eigenanteile für Kommunen festgelegt?
- b) Wie will sie künftig sicherstellen, dass die Kofinanzierung des Landes für Förderprogramme des Bundes rechtzeitig haushaltsrechtlich abgesichert wird?